

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 – Diskussionsprozess zur
Neugestaltung der Oberstufe öffnen

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin
der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 036.19 / 25.01.2019

Neue Oberstufenverordnung:

Balance zwischen guter Abitur-Vorbereitung und Freiheit finden

Sehr geehrte Damen und Herren,

SPD und SSW wollen mit ihrem Antrag erreichen, dass der Diskussionsprozess zur Neugestaltung der Oberstufe geöffnet wird. Der Antrag ist ein bisschen wie Eulen nach Athen tragen – wir haben schon einen offenen Diskussionsprozess. Und er läuft schon mindestens seit dem 28. September 2018, als das Bildungsministerium sein Diskussionspapier vorgestellt hat. Morgen findet ein ganztägiger Fachtag zu diesem Thema statt.

Die Bildungsministerin setzt mit der Neujustierung der Oberstufe eine Vereinbarung aus unserem Koalitionsvertrag um. Dort haben wir verankert, dass wir prüfen wollen, „wie wir wieder mehr Wahlfreiheit in der Oberstufe einführen können, um die fachlichen Vertiefungsmöglichkeiten der Schüler*innen ihren Neigungen entsprechend zu stärken.“ Dies entspricht einem Wunsch der schulischen Akteur*innen seit dem Wechsel vom Kurssystem zur Oberstufe.

Ich habe dazu viele Gespräche geführt, um mit Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern zu diskutieren, wie sie sich die Neugestaltung vorstellen. Einig waren sich alle darin, dass es gut ist, die Fächer auf erhöhtem Niveau fünfstündig zu unterrichten und die auf grundlegendem Niveau dreistündig.

Eine breite Mehrheit war auch dafür, in Zukunft nicht mehr alle drei Kernfächer (Deutsch, Mathe, erste Fremdsprache) auf erhöhtem Niveau anzubieten, sondern nur

noch zwei. Auch, dass beim sprachlichen Profil nicht mehr drei, sondern zukünftig zwei Sprachen für das Profil ausreichen, fand die Mehrheit gut.

Bei der Diskussion darüber, welche Fächer denn als Pflicht gestrichen werden sollten, um die Stunden für die Fünftündigkeit herzubekommen, waren die Meinungen bunt. Es ist schwierig, Fachlehrkräfte davon zu überzeugen, dass ihr Fach nicht mehr Pflichtfach sein muss.

Bei der Neufassung der Oberstufenverordnung müssen wir natürlich die neuen KMK Vereinbarungen zur Gestaltung der Oberstufe und der Abiturprüfung von 2016 berücksichtigen. Sie sind die Basis für eine stärkere Angleichung der Anforderungen in der Oberstufe. Die neue Oberstufenverordnung muss die Balance finden zwischen guter Vorbereitung auf zentral gestellte Abiturprüfungen und der Freiheit der eigenen Schwerpunktsetzung von Schüler*innen und Schulen.

Für uns Grüne ist es wichtig, und so sagen es auch die Schüler*innen, dass Inhalte der politischen Bildung einen hohen Stellenwert in der Oberstufe behalten müssen, im Idealfall sogar gestärkt werden. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat festgelegt, dass Geschichte oder ein Fach „in dem Geschichte mit festen Anteilen unterrichtet wird“ bis zum Abitur belegt werden muss. Ich bin gespannt, welche Vorschläge dazu auf die Veranstaltung morgen kommen.

Für uns ist auch wichtig, dass das fächerübergreifende Arbeiten intensiviert wird. Wir hören aus der Wirtschaft und aus der Wissenschaft, dass nicht nur Fachkompetenz gebraucht wird, sondern dass immer mehr interdisziplinär gearbeitet wird. Wir müssen also schon an den Schulen mehr fächerübergreifend arbeiten. Dafür eignet sich die Profileroberstufe sehr gut. Vor allem die Gemeinschaftsschulen sind hier schon gut aufgestellt.

Dafür brauchen die Schulen aber Zeit. Da eignet sich ein Seminarfach, wo sowohl wissenschaftliches Arbeiten gelernt werden kann als auch der fächerübergreifende Profildanke gelebt werden kann. Für die Umsetzung haben wir auch den konkreten Vorschlag eines Oberstufenleiters.

Die SPD bringt nun einige Vorschläge in ihrem Antrag. Das vorgeschlagene „Abitur in eigenem Tempo“ hört sich gut an, ist nach den aktuellen KMK Vorgaben aber nicht möglich. Den Vorschlag Fächer in zwei Schuljahren abwechselnd mit vier Stunden anzubieten anstatt zwei Jahre zweistündig, finde ich interessant.

Es gibt weitere Fragen, die auf der Tagung morgen sicher besprochen werden: Welchen Freiraum sollen die Schulen beim Anbieten von Fächern bekommen? Soll es die Möglichkeit geben, anstatt Mathe eine Naturwissenschaft auf erhöhtem Niveau zu wählen? Soll es die Pflicht geben zwei oder drei Fächer auf erhöhtem Niveau zu wählen? Wir würden den Antrag gerne in den Ausschuss überweisen, um die Ergebnisse der Tagung morgen in die Beschlussfassung einfließen zu lassen.
